

Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank

2021

GESCHÄFTSBERICHT

Sparda-Bank München eG



Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank München eG

Sparda-Bank

INHALT

- 3** Grußwort des Vorstands
- 7** Mehr von der Sparda-Bank München

Jahresabschluss 2021

- 9** Zahlen im Überblick
- 10** Lagebericht
- 28** Bericht des Aufsichtsrats
- 32** Bilanz
- 36** Gewinn- und Verlustrechnung
- 38** Anhang
- 51** Bestätigungsvermerk
- 57** Länderspezifische Berichterstattung
- 58** Geschäftsgebiet der Sparda-Bank München eG
- 59** Impressum



GRUSSWORT DES VORSTANDS



*Der Vorstand der Sparda-Bank München, von links: Hermann Busch, Petra Müller, Helmut Lind (Vorsitzender) und Silke Schneider-Wild
Bildnachweis: Marion Vogel*

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Kundinnen und Kunden,
sehr geehrte Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner,

auch im Jahr 2021 stand das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland – im zweiten Jahr in Folge – im Zeichen der Corona-Pandemie. Unser Leben und Arbeiten haben sich in der andauernden Pandemie stark gewandelt und wir haben uns an die stetigen Veränderungen und Neuerungen so gut wie möglich angepasst. Für unsere Mitglieder und Kund*innen waren wir in den Filialen oder am Telefon persönlich da und haben zusätzlich 2021 unsere digitalen und kontaktlosen Angebote ausgebaut. In unserer Rolle als Genossenschaftsbank, als verantwortungsvolle Arbeitgeberin und als Teil der Gesellschaft haben wir die Herausforderungen gut gemeistert.

Die Vertreterversammlung ist das wichtigste Organ der Genossenschaft. Alle fünf Jahre findet gemäß § 26 c (1) der Satzung die Wahl der Vertreterversammlung statt.

Die Vertreterversammlung hat im Juni 2021 die Vertreterwahl eingeleitet. Für die Vertreterwahl 2021 wurde der Geschäftsbereich der Sparda-Bank München eG in zehn Wahlbezirke aufgeteilt. Dafür standen von der Liste 1 ("Die Liste des Wahlausschusses Ihrer Sparda-Bank München eG") für alle Wahlbezirke und von der Liste 2 ("die-frei-Liste.org – CHANCENGLEICHHEIT UND TRANSPARENZ") für die Wahlbezirke 2 bis 10 Wahlvorschläge zur Verfügung. Insgesamt wurden 49.990 Stimmen abgegeben. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 16,55 Prozent. Die Liste 1 hat 146 Mandate, die Liste 2 hat 81 Mandate erhalten.

Zu den außerordentlichen Herausforderungen im Jahr 2021 zählen wir neben der Corona-Pandemie auch die anhaltende Niedrigzinsphase und damit einhergehend die flächendeckende Einführung des Verwahrentgelts. Zudem haben das BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27. April 2021 sowie die Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämienparverträgen vom 21. Juni 2021 die Geschäftsentwicklung 2021 stark negativ beeinflusst.

Ende 2020 haben wir eine Kooperation mit der TeamBank AG für easyCredit unterzeichnet. Seitdem bieten wir unseren Kundinnen und Kunden die Vorteile der Marktführerin aus dem genossenschaftlichen Verbund – und mit der easyCredit-Finanzreserve in bisher unbekannter Flexibilität.

2021 haben wir unser Serviceangebot mit der digitalen Beratung ausgebaut. Im April 2021 starteten wir die digitale Beratung und bieten die Themen Girokontoöffnung, Baufinanzierung, easyCredit und Geldanlage an. Dabei können die Kund*innen per Video, Screen-Sharing und Telefon direkt mit einem/einer Berater*in sprechen. Auch eine Beratung ohne Video ist möglich, je nach Wunsch des/der Kunden/Kundin. Im Jahr 2021 haben wir circa 560 digitale Beratungsgespräche mit unseren Kund*innen geführt. Das digitale Beratungsangebot wird weiter ausgebaut. Seit Oktober 2021 bieten wir über unsere Homepage einen Chat für unsere Kund*innen an, der weiter sehr gut angenommen wird.

Die Sparda-Bank München ist Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank

Seit jeher handelt die Sparda-Bank München gemäß ihrer Philosophie als Genossenschaft aus einer starken sozialen Absicht heraus. Wir sind seit 2010 ein Pionierunternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie und Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank. Bereits seit längerem erfahren wir von allen Seiten viel Zuspruch für unsere Ausrichtung. Denn der gesellschaftliche Transformationsprozess ist in vollem Gange und die Corona-Pandemie beschleunigt die notwendigen Veränderungen.

Im Rahmen unserer Strategie 2021 bis 2025 haben wir uns das Ziel gesetzt, unsere Positionierung als Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank weiter auszubauen. Dabei orientieren wir uns auch an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals).

Wir wollen unsere Mitarbeitenden, Mitglieder, Kund*innen, Geschäftspartner*innen und viele weitere Stakeholder*innen auf unserem Weg mitnehmen und gemeinsam mit ihnen unsere Vision Realität werden lassen:

**Stell dir eine Welt vor,
in der Menschen durch unser Handeln ihre Potenziale entfalten und leben.
Wir stehen für eine gemeinwohlorientierte Form des Lebens und Wirtschaftens,
im Sinne von Mensch und Umwelt.**

Unsere Philosophie ist nicht neu und nicht vom generellen Nachhaltigkeitstrend getrieben. Die Sparda-Bank München ist bereits seit vielen Jahrzehnten eine starke Marke. Unser Markenkern bietet den Menschen Orientierung und schafft Vertrauen. Unsere neue Wort-Bild-Marke, mit der wir 2022 in die Kommunikation gehen, betont unser Markenbild als Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank:

**Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK**

**Sparda-Bank München eG
Sparda-Bank**

Auf unserer Website www.wirtschaft-fuer-alle.de, in unserem monatlichen Podcast „Zeit zum Umdenken“ und in unseren Filialen vor Ort wollen wir die Gemeinwohl-Ökonomie sichtbar und erlebbar machen. Wir geben Antworten auf die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben und wirtschaften?“ und wollen Ideen für eine nachhaltige, gemeinwohl-orientierte Lebensweise weitertragen und Visionen zu gesellschaftlichen und ökologischen Themen entwickeln.

Die Gemeinwohl-Ökonomie findet auch in unserer Unternehmenskultur ihren Widerklang. Achtsamkeit, eine stärken-orientierte Personalpolitik, vielfältige Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein aktives Gesundheitsmanagement belegen dies. Mit unserem innovativen Konzept „Lernlandschaft Achtsames Verkaufen“ haben wir im September 2021 beim Deutschen Personalwirtschaftspreis den zweiten Platz in der Kategorie „Talent Management“ erreicht.

Wir haben im Jahr 2021 für die Menschen in der Region, den Schutz der Umwelt und für unsere Mitglieder und Kund*innen vieles angestoßen und erreicht:

Dank der Treue und Unterstützung der Mitglieder des Gewinn-Sparvereins der Sparda-Bank München e. V. (GSV) können wir jedes Jahr gemeinnützige Organisationen, Vereine und Initiativen in unserer Region bei der Umsetzung ihrer Projekte unterstützen. Über den GSV wurden im vergangenen Jahr 500 Spenden über insgesamt 2,5 Millionen EUR weitergegeben, unter anderem auch an Projekte und Initiativen, die sich für den Schutz und Erhalt der Umwelt einsetzen.

Der Schutz des Klimas ist ein wichtiges Vorhaben, das wir nur zusammen meistern können und eines der dringlichsten Themen der heutigen Zeit. Als regionale Genossenschaftsbank wissen wir um unsere Verantwortung für Mensch und Umwelt. Wir engagieren uns dafür, dass auch die nachfolgenden Generationen in einer gesunden Umwelt leben können.

- » Zum Schutz der Umwelt tragen wir zum Beispiel durch die Nutzung von Recyclingpapier und durch die Nutzung von 100-prozentigem Ökostrom unseres Gemeinwohl-Partnerunternehmens Polarstern bei.
- » Unsere verbliebenen bzw. nicht vermeidbaren Emissionen kompensieren wir durch den Erwerb von Klimazertifikaten. Die Sparda-Bank München ist seit 2014 ein betriebsökologisch klimaneutrales Unternehmen.
- » 100.000 Bäume im Herbst 2021:
Im Oktober 2021 haben wir 8.000 Setzlinge in den Wäldern um Garmisch und Hohenpeißenberg eingesetzt. Seit Beginn unserer Aktion „Ein Baum für jedes neue Mitglied“ im Jahr 2015 wurden bis Ende vergangenen Jahres 103.780 Bäume in Oberbayern gepflanzt, ein stattlicher Neuzuwachs für unsere Wälder.
- » Nachhaltigkeitsplattform LENA
Anfang 2021 startete LENA, eine Online-Plattform, deren Ziel es ist, das Thema Nachhaltigkeit noch mehr in die Gesellschaft zu tragen. LENA steht für „Lieber Eine Nachhaltige Alternative“ und wurde von der Sparda-Bank München gegründet.
Unter www.lena.de gibt es alles zum Thema Nachhaltigkeit – von Produkten und Dienstleistungen bis hin zu spannenden Tipps, Artikeln, Jobs oder Veranstaltungen. Mit LENA verbindet die Sparda-Bank München eine Werte-Kooperationspartnerschaft und eine enge Zusammenarbeit.

Wir danken unseren Kundinnen und Kunden sowie allen Mitgliedern und Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern für ihr Vertrauen. Darüber hinaus danken wir der Vertreterversammlung, dem Aufsichtsratsgremium, unseren Kooperationspartner*innen und dem Verband der Sparda-Banken e. V. für die Unterstützung und die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein besonderer Dank gebührt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement, ihre Rücksichtnahme und Solidarität in diesen schwierigen Zeiten.

Für die kommenden Jahre haben wir uns auf Basis unserer Vision und Strategie 2021 bis 2025 viel vorgenommen. Wir sind davon überzeugt, dass es Zeit ist, unser Wirtschaftssystem mehr zum Wohl der Menschen und der Umwelt zu verändern. Mit unseren Aktivitäten möchten wir aufzeigen, wie eine solidarische Zukunft der Gesellschaft gelingen kann. Unsere Mitglieder, Kund*innen, Mitarbeitenden, Lieferant*innen und viele weitere Stakeholder*innen auf diesem Weg mitzunehmen, ist uns sehr wichtig. So richten wir trotz wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten und Herausforderungen unseren Blick angemessen positiv auf neue zukünftige Chancen.

Der Vorstand



Helmut Lind
Vorstandsvorsitzender



Hermann Busch
Vorstandsmitglied



Petra Müller
Vorstandsmitglied



Silke Schneider-Wild
Vorstandsmitglied



MEHR VON DER SPARDA-BANK MÜNCHEN

Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank

Wie die Sparda-Bank München ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung lebt, erfahren Sie auf:

www.wirtschaft-fuer-alle.de

www.sparda-m.de/unternehmensberichte

Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München e. V.

Der Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München unterstützt gemeinnützige Projekte und Einrichtungen in Oberbayern.

www.sparda-m.de/gewinn-sparverein-ueber-den-gewinn-sparverein

www.sparda-m.de/unternehmensberichte

Nachhaltigkeitsbericht

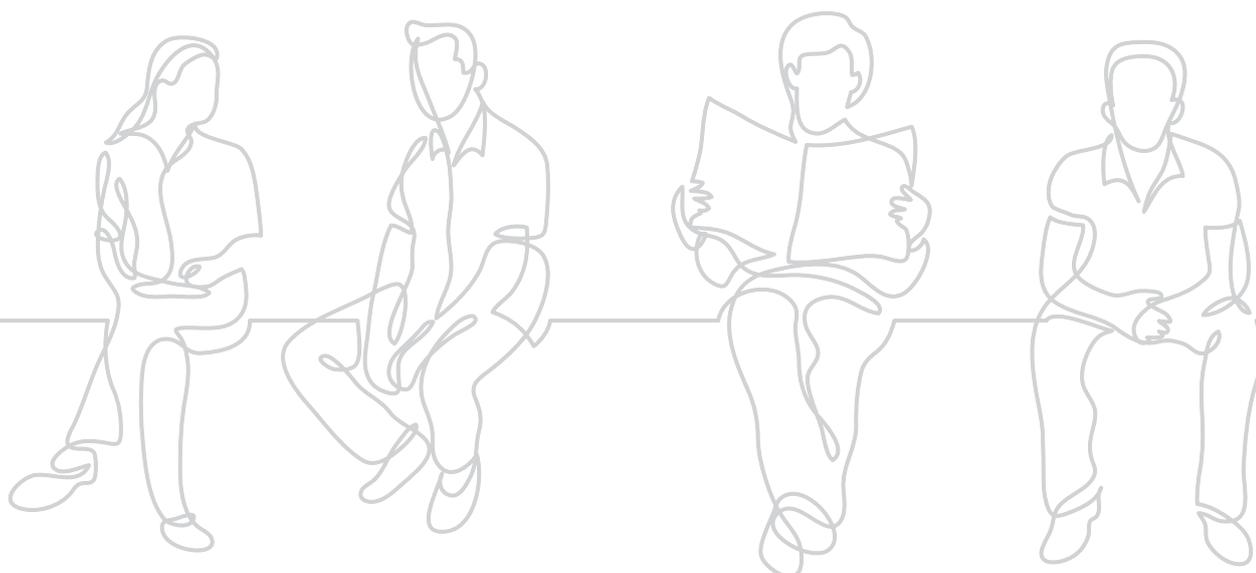
Unser jährlicher Nachhaltigkeitsbericht nach den Standards des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK).

www.sparda-m.de/unternehmensberichte

CO₂-Bilanz

Unsere aktiven Maßnahmen für eine gesunde Natur für alle:

www.sparda-m.de/unternehmensberichte



JAHRESABSCHLUSS 2021



ZAHLEN IM ÜBERBLICK

Mitglieder	
2021	286.549
2020	301.358
Veränderung: - 4,9 %	

Mitarbeitende	
2021	764
2020	738
Veränderung: + 26	

Bilanzsumme (Mrd. EUR)	
2021	9,030
2020	9,309
Veränderung: - 3,0 %	

Kundeneinlagen (Mrd. EUR)	
2021	8,159
2020	8,518
Veränderung: - 4,2 %	

Kundenkredite (Mrd. EUR)	
2021	5,378
2020	5,182
Veränderung: + 3,8 %	

Filialen	
2021	33
2020	34
Veränderung: - 1	

SB-Center	
2021	26
2020	30
Veränderung: - 4	

A. LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank München eG wurde 1930 von 33 Eisenbahnern in der Rechtsform der Genossenschaft gegründet. Unser Geschäftsgebiet liegt im Wesentlichen in Oberbayern. Ziel des wirtschaftlichen Handelns unseres Unternehmens ist nicht die Gewinnmaximierung und das kurzfristige Erzielen von Höchstrenditen auf Kosten der Firmensubstanz, sondern auf Dauer die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder (§1 Genossenschaftsgesetz) durch Maximierung des Kundennutzens. Als erste Bank in Deutschland engagiert sich die Sparda-Bank München eG für die Gemeinwohl-Ökonomie. Die Gemeinwohl-Bilanz misst unternehmerischen Erfolg an seinem Beitrag zum Wohl der Gesellschaft. Dazu zählen Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie demokratische Mitbestimmung und Transparenz. Als Genossenschaftsbank für private Kunden sind wir für unsere Kunden und Mitglieder eine Direktbank mit Filialen. Der Kunde hat die Wahl und entscheidet immer individuell selbst, welchen Zugangsweg zu uns er wann nutzen will. In unseren Filialen sind wir persönlich für unsere Kunden da und unser modernes Serviceangebot im Bereich Onlinebanking wird von vielen Kunden geschätzt und aktiv genutzt. Zum Kerngeschäft der Bank gehören alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kunden. Schwerpunkt hierbei ist die Finanzierung von privatem Wohneigentum.

Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (227 Mitglieder), der Aufsichtsrat (neun Mitglieder, davon drei Arbeitnehmervertreter) und der Vorstand (vier Vorstandsmitglieder). Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Finanzmärkte

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Wirtschaft auf Erholungskurs

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Coronapandemie ausgelösten Konjunkturunbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,9 Prozent, nachdem es 2020 um massive 4,6 Prozent zurückgegangen war. Das Wirtschaftswachstum hätte allerdings noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Pandemiefolgen belasten noch immer

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Coronawellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Andererseits bremsten die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geographisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Stagnation des Privatkonsums

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommer und den durch Impfungen und Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahressicht aber lediglich um 0,1 Prozent zulegen. Die privaten Konsumausgaben verharrten damit im Wesentlichen auf dem niedrigen Vorjahresniveau. Im Jahr 2020 waren sie um 5,9 Prozent eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen verstärkter Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,1 Prozent und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Investitionsklima stabilisiert sich

Nach dem starken Rückgang des Vorjahres um 11,2 Prozent stabilisierten sich die Ausrüstungsinvestitionen 2021 ebenfalls. Angesichts des verbesserten globalen Konjunkturfelds, der steigenden Auslastung der Wirtschaft und der insgesamt nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen, mit anhaltend niedrigen Zinsen, erhöhten sich die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,4 Prozent. Das Wachstum der Investitionsausgaben hätte ohne die hohen Rohstoffpreise und Materialengpässe aber deutlich stärker ausfallen können. Dies gilt auch für die Bauinvestitionen, deren langjähriger Aufwärtstrend sich abgeschwächt fortsetzte (+0,7 Prozent nach +2,5 Prozent im Vorjahr). Wichtigste Wachstumsstütze blieb der Wohnungsbau, der weiterhin vom enormen Bedarf an Wohnraum und dem günstigen Finanzierungsumfeld Rückenwind erfuhr. Alles in allem blieben die Investitionsausgaben aber etwas hinter dem vor Ausbruch der Coronakrise in Deutschland im Jahr 2019 erreichten Stand zurück.

Wachstumsimpulse vom Außenhandel

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung und des vielfach erfolgten Abbaus von pandemiebedingten Reisebeschränkungen nahm der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft spürbar an Fahrt auf. Eine Ausnahme bildete allerdings der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich, der sich wegen dem zum Jahresanfang vollzogenen Austritts des Landes aus der Europäischen Union vergleichsweise schwach entwickelte. Angesichts kräftig steigender Exporte (+9,9 Prozent) und leicht weniger dynamisch expandierender Importe (+9,3 Prozent) lieferte der Außenhandel als Ganzes rechnerisch einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten. Die vor Krisenausbruch erreichten Niveaus konnten aber auch hier noch nicht wieder erlangt werden.

Staat erneut mit hohem Finanzierungsdefizit

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der öffentlichen Haushalte 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen vielfach andauerten, wie die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbeitrag lag bei 132,5 Mrd. EUR, was 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 Prozent im Vorjahr auf etwa 71 Prozent gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent erneut deutlich überschritten haben.

Rückläufige Arbeitslosigkeit

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um knapp 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent auf 5,7 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommer, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Kräftiger Anstieg der Inflationsrate

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 Prozent im Januar auf 5,3 Prozent im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 Prozent und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 Prozent gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

Entwicklung an den Finanzmärkten

Corona, Materialengpässe und Inflation treiben die Märkte

Der Verlauf der Coronapandemie prägte im Jahr 2021 nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch die Entwicklung der Finanzmärkte. Zum Jahresbeginn belasteten die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft erheblich (ebenso wie zum Jahresende). Die wirtschaftlichen Perspektiven erschienen jedoch aufgrund der Entwicklung und Zulassung mehrerer Impfstoffe gegen das Coronavirus positiv. Im Frühjahr kam es dann zu der erwarteten dynamischen Belebung der Konjunktur. Das Wirtschaftswachstum fiel aber bei Weitem nicht so hoch aus wie zuvor erwartet. Die Konjunktur wurde durch gravierende Materialengpässe gedämpft, die zahlreiche Industriezweige betrafen.

Gleichzeitig stieg die Inflation ab Mitte des Jahres deutlich an. Neben den Materialengpässen waren hierfür auch steigende Energiepreise und mehrere temporäre Sonderfaktoren verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte rückte dann die Debatte über die Gefahr einer Verfestigung der Inflation in den Fokus. Mehrere Notenbanken strafften ihren geldpolitischen Kurs. Die Fed kündigte im Dezember einen schnelleren Ausstieg aus ihren Anleihekäufen an als zuvor geplant. Die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken ihren Leitzins. Demgegenüber gab die EZB noch kein klares Bekenntnis zu einem Ausstieg aus ihrer Minuszinspolitik.

Fed bereitet sich auf Zinswende vor

In den USA zeigte sich die Konjunktur robust, auch unter dem Einfluss des massiven, rund 2 Bio. US-Dollar schweren Konjunkturpakets des neuen Präsidenten Joe Biden. Gleichzeitig stieg die Inflation an und bewegte sich ab dem Frühjahr oberhalb der Marke von 5 Prozent. Sie erreichte im Dezember mit 7,0 Prozent ihr höchstes Niveau seit Anfang der 1980er Jahre. Der Anstieg wurde zwar zum Teil durch vorübergehende Sonder- und Basiseffekte verursacht, mehr und mehr setzte sich aber die Erwartung durch, dass die Inflation auch im Jahr 2022 hoch bleiben würde.

Im November beschloss der Offenmarktausschuss der Fed, das monatliche Nettokaufvolumen an Anleihen von 120 Mrd. Dollar um monatlich 15 Mrd. Dollar zu vermindern (Tapering), wobei die Notenbank ein flexibles Vorgehen entsprechend dem konjunkturellen Umfeld ankündigte. Bei einer gleichmäßigen Rückführung wären die Neukäufe von Anleihen Mitte 2022 ausgelaufen. Aufgrund der gestiegenen Inflationsrisiken legte die Fed aber bereits im Dezember nach und beschloss einen schnelleren Ausstieg aus den Nettoanleihekäufen als noch im November. Ab Januar 2022 sollen nun die Käufe um 30 Mrd. Dollar verringert werden, sodass diese im März 2022 auslaufen dürften. Die Leitzinsen ließ die Fed unverändert. Allerdings deuten die Zinsprognosen der Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums im Mittel auf ein Leitzinsniveau von 1,6 Prozent im Jahr 2023 und 2,1 Prozent im Jahr 2024 hin und lassen somit mehrere Zinsschritte im Jahr 2022 als wahrscheinlich erscheinen.

EZB hadert mit Inflationsgefahren

Die EZB hat ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fortgesetzt. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit dem Jahr 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und der im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP. Die Anleihebestände in den Büchern der EZB erhöhten sich beim APP um rund 200 Mrd. EUR auf 3.100 Mrd. EUR und

beim PEPP um 840 Mrd. EUR auf rund 1.600 Mrd. EUR. Zusammengenommen erreichten die Anleihebestände ein Niveau von knapp 40 Prozent des EURraum-Bruttoinlandsprodukts. Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte oberhalb der 2-Prozentmarke zum Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 Prozent in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen wurde das Risiko einer Verfestigung der Inflation aber dann stärker als Risiko wahrgenommen. In der EZB-Ratssitzung im Dezember wurden allerdings nur erste, zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende vorgenommen. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt. Das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP wird aber im Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt, bevor sich dann die Kaufvolumina im weiteren Verlauf des Jahres wieder verringern. Ein Enddatum für das Programm wurde nicht beschlossen. Eine Zinserhöhung im Jahr 2022 wurde von EZB-Präsidentin Christine Lagarde als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnet.

Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat, dürften aber alles in allem in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2 Prozent an, zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von unter, aber nahe 2 Prozent formuliert worden. Zudem sollen perspektivisch in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der zur Messung des vorrangigen Ziels der Geldpolitik verwendet wird, die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums einbezogen werden. Bislang werden nur Mietkosten erfasst. In der aktuellen Situation könnte dies nach Proberechnungen der Europäischen Statistikbehörde EURstat die ausgewiesene Inflationsrate um knapp einen viertel Prozentpunkt erhöhen. Allerdings sind mit der Umsetzung dieses Vorschlags zahlreiche methodische Herausforderungen verbunden, die noch gelöst werden müssen.

Anleiherenditen im Aufwärtsgang

Die Entwicklungen rund um die Pandemie waren für die Anleihemärkte im Jahr 2021 ein zentraler Treiber. In Phasen erhöhter Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und damit verbundene Belastungen der Konjunktur stiegen die Kurse und entsprechend fielen die Renditen. Umgekehrt ging es mit den Kursen abwärts, wenn sich die Perspektiven aufhellten. Gleichzeitig sorgten die Anleihekäufe der EZB im Rahmen des seit 2014 bestehenden Programms APP und des Pandemie-Notfallanleihekaufprogramms PEPP durchgängig für Abwärtsdruck auf die Renditen. Unter dem Eindruck steigender Impfquoten und dem Ende des Lockdowns tendierten die Renditen vom Jahresbeginn bis zum Frühjahr aufwärts. Die zehnjährige Bundrendite erhöhte sich von -0,54 Prozent zum Jahresbeginn auf in der Spitze -0,11 Prozent im Mai. Bis zum Spätsommer ging es mit den Renditen dann wieder bergab. Treiber war der für die Pandemiebekämpfung unzureichende Impffortschritt. Nach einem erneuten Anstieg der Renditen bis in den Oktober hinein mit einem Hoch von -0,12 Prozent ging es dann mit den Sorgen vor der vierten Viruswelle im Herbst und dem Auftauchen der Omikron-Variante mit den Renditen wieder bergab. Zum Jahresende waren es dann die Notenbanken, die einen erneuten Anstieg der Renditen auslösten. Die Fed straffte im Dezember ihren erst im November festgelegten Tapering-Plan deutlich. Damit wurden an den Märkten mehrere Zinsschritte der US-Notenbanken im Jahr 2022 für wahrscheinlich gehalten, was die Renditen nach oben zog. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck auf die EZB, dem US-Vorbild zu folgen und einen konkreten Ausstiegsplan vorzulegen. Obgleich die Europäischen Währungshüter wenig greifbare Signale in diese Richtung vorlegten, bewegten sich die Renditen zum Jahresende auch im EURraum deutlich aufwärts. Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei -0,18 Prozent und hatte sich damit über das gesamte Jahr hinweg wieder sichtbar in Richtung der Null-Prozentmarke bewegt. Ein Jahr zuvor war die Rendite noch 40 Basispunkte niedriger gewesen. In den USA lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen zum Jahresresultimo bei 1,50 Prozent, 59 Basispunkte höher als ein Jahr zuvor. Der transatlantische Zinsspread erhöhte sich dadurch im Jahresverlauf wieder, nachdem er sich im Jahr 2021 im Vorjahresvergleich verengt hatte.

EUR schwächt sich ab

Die Europäische Gemeinschaftswährung schwächte sich im Jahresverlauf gegenüber dem US-Dollar moderat ab. Eine wesentliche Ursache hierfür waren die unterschiedlichen Wachstums- und Zinsspektiven der beiden Währungsräume. Die Fed gab im Jahresverlauf immer deutlichere Signale auf einen Ausstieg aus ihrem Anleihekauf-

programm und daran anschließende Zinserhöhungen. Die EZB beschloss im Dezember einen Ausstieg aus ihrem pandemiebedingten Notfallanleihekaufprogramm PEPP im März 2022, legte sich aber auf keinen Endtermin der verbleibenden Anleihekäufe im Rahmen des pandemieunabhängigen Kaufprogramms APP fest. Ein Ende der Anleihekäufe wurde von ihr als Voraussetzung für Zinserhöhungen genannt. Zum Jahresschluss notierte die Gemeinschaftswährung bei 1,1326 US-Dollar, das waren 7,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

DAX schließt mit solidem Plus

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der DAX substanzielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Coronaimpfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Wichtige Impulse gingen auch von dem gigantischen Fiskalpaket des im Januar 2021 inaugurierten US-Präsidenten Joe Biden aus. Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten, dies entspricht einem Plus zum Jahresbeginn um 13,2 Prozent. Nicht an dem Boom teilhaben konnten Unternehmen aus dem Freizeit- und Reisebereich. In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik flachte jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsen die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker als noch im Frühjahr erwartet. Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger als erwartet. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Coronavariante Omikron, die zwar schon früh mit weniger schweren Krankheitsverläufen verbunden wurde, sich gleichzeitig aber als deutlich ansteckender herausstellte. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden, ähnlich wie bei einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 Prozent höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum legte der Dow Jones um 18,7 Prozent auf 36.338,30 Punkte zu.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG

Die Geschäftsentwicklung war im Jahr 2021 weiterhin von der Coronapandemie sowie dem anhaltenden herausfordernden Umfeld aufgrund des Niedrigzinsniveaus geprägt. Zudem haben das BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021 sowie die Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämienparverträgen vom 21.06.2021 das Ergebnis des Jahres 2021 signifikant beeinflusst.

Der Zinsüberschuss war wie erwartet rückläufig während das Provisionsergebnis ausgebaut werden konnte. Bei gestiegenen Verwaltungsaufwendungen und rückläufigen Bewertungs- und Sonstigem betrieblichen Ergebnis konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 3,1 Millionen EUR erreicht werden. Im Einzelnen stellt sich der Geschäftsverlauf wie folgt dar:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Bilanzsumme	9.029.505	9.309.064	-	279.559	3,0
Außerbilanzielle Geschäfte	480.020	379.524	+	100.496	26,5

Die Bilanzsumme reduzierte sich um 280 Millionen EUR (-3,0 Prozent) auf 9.030 Millionen EUR. Wie auch schon in den Vorjahren gehört es zu unseren geschäftspolitischen Zielen, Kundenbeziehungen aufzubauen und zu vertiefen. Während im ersten Halbjahr 2021 ein stetiger Zuwachs an Kundeneinlagen verzeichnet werden konnte, sodass überschüssige Liquidität insbesondere im ersten Halbjahr 2021 teilweise zu Negativzinsen bei unserer Zentralbank

angelegt werden musste, kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einem deutlichen Rückgang der Kundeneinlagen. Demgegenüber konnten die Kundenforderungen weiterhin gesteigert werden. Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und aus anderen Verbindlichkeiten zusammensetzen, sind gegenüber dem Vorjahr um 26,5 Prozent angestiegen.

Aktivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Kundenforderungen	5.377.792	5.182.422	+	195.370	3,8
Wertpapiere	382.689	256.529	+	126.160	49,2
Forderungen an Kreditinstitute	2.255.007	3.053.516	-	798.509	26,2

In 2021 konnten die Kundenforderungen um netto 195 Millionen EUR (+3,8 Prozent) ausgeweitet werden. Der Schwerpunkt liegt weiterhin in den Baufinanzierungen, bei welchen eine Steigerung von 4,7 Prozent erreicht werden konnte. Dies erreichen wir insbesondere durch unser umfassendes Beratungsangebot, ein gutes Marktumfeld in unserem Geschäftsgebiet und unsere Konditionsgestaltung. Das Vermittlungsgeschäft konnte hierbei mit Baufinanzierungen über 400 Millionen EUR brutto wesentlich zu dieser Steigerung beitragen. Das Volumen der Realkredite konnte um 109 Millionen EUR auf nunmehr 4.315 Millionen EUR erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 2,6 Prozent.

Die Forderungen an Kreditinstituten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 799 Millionen EUR. Ursächlich hierfür war neben des Rückgangs der Kundeneinlagen der planmäßige Aufbau unserer Asset-Allokation, welcher sich gleichzeitig in der Steigerung der Wertpapieranlagen widerspiegelt.

Alle Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Passivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	202.801	182.611	+	20.190	11,1
Spareinlagen von Kunden	1.745.810	1.631.932	+	113.878	7,0
andere Einlagen von Kunden	6.413.096	6.886.351	-	473.255	6,9

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 20 Millionen EUR und spiegeln die Berücksichtigung von Förderdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen unserer Baufinanzierungen wider.

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden war insbesondere durch einen Rückgang der Sichteinlagen (andere Einlagen von Kunden) geprägt. Insgesamt reduzierten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach der Ankündigung der Einführung eines flächendeckenden Verwahrtgelts im Juli 2021 um 359 Millionen EUR. Gleichzeitig kam es infolgedessen zu Umschichtungen zu Lasten der anderen Einlagen und zu Gunsten der Spareinlagen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Bestand anderer Einlagen in Höhe von 6.413 Millionen EUR um 473 Millionen EUR (-6,9 Prozent) vermindert, während sich der Anteil an Spareinlagen in Höhe von 1.746 Millionen EUR um 114 Millionen EUR (+7,0 Prozent) erhöhte. Unter Berücksichtigung der Entwicklung am Geld- und Kapitalmarkt und des weiterhin historisch niedrigen Zinsniveaus war die Entwicklung der Kundeneinlagen wie in den Vorjahren von der Nachfrage unserer Kunden nach kurzfristigen Anlagen geprägt.

Dienstleistungsgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	10.582	8.427	+	2.155	25,6
andere Vermittlungserträge	2.152	2.039	+	113	5,5
Erträge aus Zahlungsverkehr	21.419	19.694	+	1.725	8,8

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr konnten mit 21,4 Millionen EUR im Vergleich zum Vorjahr weiterhin ausgebaut werden (+ 8,8 Prozent). Der Anstieg im Vergleich zum Jahr 2020 resultiert im Wesentlichen aus der unterjährigen Einführung neuer Kontomodelle und deren Bepreisung ab dem 01.04.2020. Zudem erfolgte eine Anpassung dieser Gebühren zum 01.10.2021. Gleichzeitig wirkte sich das BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021 aufgrund der notwendigen Zustimmungserfordernisse unserer Kunden reduzierend aus.

Die Erhöhung der Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften um 2,2 Millionen EUR (+25,6 Prozent) resultiert aus einer steigenden Nachfrage im Fondsgeschäft aufgrund der Entwicklung am Geld- und Kapitalmarkt und des weiterhin historisch niedrigen Zinsniveaus sowie der flächendeckenden Einführung des Verwarentgelts in unserem Haus sowie auch bei Wettbewerbern.

Die anderen Vermittlungserträge in Höhe von 2,2 Millionen EUR sind gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Millionen EUR gestiegen (+ 5,5 Prozent). Ursächlich hierfür war insbesondere die Vermittlung von Krediten an die TeamBank AG, wohingegen für die Vermittlung von Versicherungsverträgen geringere Provisionserträge erzielt werden konnten.

Beteiligungen

Aus geschäftspolitischen Gründen investiert die Sparda-Bank München eG neben den Anlagen in Wertpapieren in Beteiligungen. Insbesondere den Tochtergesellschaften LENA Nachhaltigkeits GmbH, NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH und NaturTalent Beratung GmbH kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie Ausdruck der Vision und Mission der Sparda-Bank München eG sind.

Der konsequenten Ausrichtung als erste Gemeinwohl-Bank Deutschlands folgend, hat die Sparda-Bank München eG zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele im Jahr 2020 die LENA Nachhaltigkeits GmbH gegründet. Ziel des Tochterunternehmens ist die Entwicklung und der Aufbau einer Nachhaltigkeitsplattform und dessen Etablierung im Markt. Der Überzeugung, dass jeder Mensch ein NaturTalent hat, folgend, vertreten wir diese nach außen durch die NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH und die NaturTalent Beratung GmbH. Mittels der 100-prozentigen Tochtergesellschaft NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH bieten wir Schülerinnen und Schülern mittels unserer Talenteschmiede-Seminare eine besondere Art der stärkenbasierten Berufsorientierung. Mit der NaturTalent Stiftung verfolgen wir keine Gewinnerzielungsabsicht – dies kommt bereits durch die Wahl der Gesellschaftsform zum Ausdruck. Die Umsetzung und Realisierung der Talenteschmiede-Seminare erfolgt insbesondere über Spenden des Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank München e.V., welche vollständig den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern zugutekommen. Die NaturTalent Beratung GmbH ist neben der NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH eine weitere 100-prozentige Tochtergesellschaft der Sparda-Bank München eG, welche Organisationen bei der Implementierung einer stärkenorientierten Kultur begleitet und unterstützt.

Investitionen

Die Kosten für Baumaßnahmen in der Filiale Pasing beliefen sich auf 0,6 Millionen EUR. Für Betriebs- und Geschäftsausstattung, insbesondere für die Betriebs- und EDV-Ausstattung, wurden 1,6 Millionen EUR investiert.

Personal- und Sozialbereich

Über die Entwicklung der personellen Besetzung geben folgende Zahlen Aufschluss:

	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung
Beschäftigte insgesamt	764	738	+	26
davon Teilzeitbeschäftigte	337	318	+	19
davon Auszubildende	25	25	+	0

Seit Januar 2020 liegt unsere Frauenquote im Vorstand bei 50 Prozent, wir übertreffen damit unsere ursprüngliche Zielsetzung von mindestens 20 Prozent. Im Jahr 2021 hat sich unser Personalbestand um 26 Personen erhöht. Für unsere Ausbildungsstellen konnten wir eine erneut hohe Bewerberzahl verzeichnen, die Ausrichtung als Deutschlands erste Gemeinwohl-Bank wirkt stark in dieser Zielgruppe.

Unsere Personalstrategie ist unter anderem darauf ausgerichtet, das Potenzial und die Stärken unserer Fach- und Führungskräfte zu erkennen und weiterzuentwickeln, digitale Kompetenzen zu vermitteln, neues Lernen zu ermöglichen und die Mitarbeitenden in Veränderungsprozessen zu begleiten. Wir erachten unsere stärkeorientierte und von Achtsamkeit geprägte Unternehmenskultur als das entscheidende Differenzierungsmerkmal im Bankenmarkt. Die Folge sind weiterhin hohe Investitionen in die Entwicklung und Förderung der Arbeitnehmer. Im Kern zielen alle Maßnahmen darauf ab, dass jeder Mitarbeitende für die aktuellen Herausforderungen im Rahmen seiner Stelle gut gerüstet ist und dabei sein volles Potenzial zur Entfaltung bringen kann.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Teil unserer Unternehmenskultur ist ein faires und nachhaltiges Wirtschaften heute und in der Zukunft.

Die Unternehmenskultur der Achtsamkeit in unserer Bank basiert auf gelingenden Beziehungen und unserem Stärkenmanagement, verbunden mit Respekt und Wertschätzung für die Unterschiedlichkeit aller Menschen zum Wohle aller Mitarbeitenden, Mitglieder und Kunden der Bank.

Der achtsame Umgang mit der Umwelt und ein damit einhergehendes Bewusstsein bei der Nutzung von Ressourcen sind in unserer Geschäftsstrategie verankert. Dazu erstellen wir regelmäßig eine CO₂-Bilanz.

Für das Berichtsjahr 2021 hat die Sparda Bank München zu allen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren als berichtspflichtiges Unternehmen gemäß des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes eine Entsprechenserklärung auf Basis des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) erstellt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Coronapandemie hatte weiterhin direkten Einfluss auf unseren operativen Geschäftsbetrieb. So waren vereinzelt Servicebereiche unserer Filialen zeitweise und punktuell geschlossen, während Beratungstermine planmäßig durchgeführt werden konnten. Ergänzend erfolgte ein weiterer Ausbau der telefonischen und digitalen Beratungsangebote.

Die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 erfolgte aufgrund der besonderen Situation gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie durch den Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG.

Resultierend aus der Coronapandemie fand zudem die 87. Vertreterversammlung der Sparda-Bank München eG wiederum in einem digitalen Format im Juni 2021 statt.

II.3 Lage der Sparda-Bank München eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Zinsüberschuss¹	86.172	101.410	-	15.238	15,0
Laufende Erträge	14.077	12.439	+	1.638	13,2
Provisionsüberschuss²	25.334	22.159	+	3.175	14,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis³	-3.196	1.815	-	5.011	276,1
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	46.929	45.694	+	1.235	2,7
b) andere Verwaltungsaufwendungen	59.387	53.643	+	5.744	10,7
Bewertungsergebnis⁴	-3.503	-3.180	-	323	10,2
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	10.413	33.007	-	22.594	68,5
Außerordentliches Ergebnis	-2.320	-2.555	+	235	9,2
Steueraufwand	5.019	8.331	-	3.312	39,8
Jahresüberschuss	3.074	12.121	-	9.047	74,6

¹GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2

²GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12

⁴GuV-Posten 13-16

Der Zinsüberschuss in Höhe von 86 Millionen EUR war gegenüber dem Vorjahr um 15,2 Millionen EUR rückläufig. Grund hierfür ist das seit Jahren anhaltende niedrige Zinsniveau. Allein im Darlehensbereich sind die Zinserträge um 8,1 Millionen EUR geringer ausgefallen als im Jahr 2020. Auch die Zinserträge aus Kontokorrentkrediten (-0,4 Millionen EUR) und die Zinseinnahmen anderer Kreditinstitute (-2,5 Millionen EUR) waren im Berichtsjahr rückläufig. Eine Kompensationswirkung analog zum Jahr 2020 durch einen ebenfalls geringeren Zinsaufwand konnte im Jahre 2021 nicht erreicht werden. Vielmehr kam es insbesondere aufgrund von vorsorglichen Rückstellungsbildungen im Zusammenhang mit der Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen vom 21.06.2021 zu einem Anstieg des Zinsaufwands um 4,2 Millionen EUR. Der Rückgang des Zinsüberschusses konnte jedoch zumindest teilweise durch die positive Entwicklung der laufenden Erträge (+1,6 Millionen EUR) kompensiert werden. Insgesamt ergibt sich ein um 13,6 Millionen EUR rückläufiges Zinsergebnis. Die positive Entwicklung der laufenden Erträge resultiert insbesondere aus Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, welche um 3,0 Millionen EUR gesteigert werden konnten, während die Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen um 2,0 Millionen EUR rückläufig waren.

Der Provisionsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Millionen EUR (+14,3 Prozent) gestiegen. Maßgeblich hierfür waren die Kontoführungsgebühren (+1,4 Millionen EUR), welche nach Einführung zum 01. April 2020 erstmals für ein gesamtes Wirtschaftsjahr vereinnahmt werden konnten und für welche zum 01. Oktober 2021 eine Anpassung an die aktuellen Marktgegebenheiten erfolgte. Belastend wirkte an dieser Stelle das BGH-Urteil zum

AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021, indem ab dem zweiten Halbjahr nur für die Kunden eine Belastung der Kontoführungsgebühren erfolgte, welche ihr Einverständnis bereits erteilt haben. Erstattungen in diesem Zusammenhang wirkten ebenfalls reduzierend. Die Provisionserträge konnten zudem durch den weiteren Ausbau des Wertpapiervermittlungsgeschäfts (+1,6 Millionen EUR) und durch die Vermittlung von Persönlichen Krediten an die TeamBank AG (+0,5 Millionen EUR) gestärkt werden. Demgegenüber standen im gleichen Zeitraum um 0,9 Millionen EUR höhere Provisionsaufwendungen, welche im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für die Kreditvermittlung aufgrund des gestiegenen Vermittlungsvolumens zurückzuführen sind.

Der Anstieg des Personalaufwands um 1,2 Millionen EUR (2,7 Prozent) ist einerseits auf den gestiegenen Personalbestand sowie die tarifvertragliche Anpassung und der damit korrespondierenden sozialen Abgaben (+0,9 Millionen EUR), andererseits auf höhere Aufwendungen für die Altersversorgung (+0,3 Millionen EUR) zurückzuführen.

Der Rückgang des sonstigen betrieblichen Ergebnisses um 5,0 Millionen EUR ist u.a. auf steuerliche Sondereffekte im Jahr 2020 zurückzuführen. Daneben kam es im Jahr 2021 zu höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Millionen EUR (+10,7 Prozent) erhöht. Grund hierfür sind insbesondere gestiegene Kosten für den IT-Provider (+3,4 Millionen EUR) und gestiegene Marketingaufwendungen (+1,0 Millionen EUR) aufgrund der notwendigen Kundenkommunikation im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021. Aufgrund dessen fielen auch um 0,3 Millionen EUR höhere Beratungsaufwendungen an. Zudem waren um 0,6 Millionen EUR höhere Aufsichtsgebühren sowie Beiträge zu Verbänden zu entrichten.

Das Bewertungsergebnis setzt sich im Wesentlichen neben Abschreibungen und Erträgen aus dem Kreditgeschäft aus Abschreibungen und Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft und Beteiligungen zusammen und war im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Millionen EUR rückläufig. Insgesamt war das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr wiederum von einem niedrigen Wertberichtigungsbedarf geprägt. Im Vergleich zum Jahr 2020 war das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft um 0,2 Millionen EUR geringfügig schlechter als im Vorjahr. Alle Kredite sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und mit der gebotenen Vorsicht bewertet. Ergänzend erfolgte im Vorgriff auf die ab dem Jahr 2022 geltende geänderte Methodik zur handelsrechtlichen Bildung von Pauschalwertberichtigungen (IDW RS BFA 7) sowie unter Berücksichtigung einer vorsichtigen Bewertung im Sinne des Gläubigerschutzes („Immobilienblase“) bereits im Jahr 2021 eine um 1,7 Millionen EUR höhere Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen.

Die Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dies führte zu Abschreibungen in Höhe von 1,3 Millionen EUR (Vorjahr 1,0 Millionen EUR). Des Weiteren erfolgte eine Zuschreibung auf die Beteiligung an der DZ Beteiligungs GmbH & Co. KG, nachdem im Vorjahr eine Abschreibung erforderlich war (0,8 Millionen EUR).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 2,3 Millionen EUR (Vorjahr: 2,6 Millionen EUR), die im Zusammenhang mit der IT-Transformation zur Vorbereitung einer Systemintegration stehen.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost Income Ratio – CIR) hat sich unter Berücksichtigung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses von 73,8 Prozent auf 88,7 Prozent verschlechtert. Grund hierfür ist insbesondere das rückläufige Zinsergebnis, das nicht vollständig durch das gestiegene Provisionsergebnis kompensiert werden konnte. Zudem beeinflussten die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen und das rückläufige sonstige betriebliche Ergebnis die CIR negativ.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr 2021 aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) jederzeit zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung.

Bei Bedarf stehen ausreichend Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB zur Verfügung.

II.3.3 Vermögenslage

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Gezeichnetes Kapital	209.649	193.321	+	16.328	8,4
Rücklagen	272.196	268.641	+	3.555	1,3

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die den aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügt. Durch Gewinnthesaurierung und Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 85.000 TEUR (Vorjahr 85.000 TEUR).

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme beträgt 6,52 Prozent (Vorjahr 5,83 Prozent).

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,03 Prozent (Vorjahr: 0,24 Prozent).

Die Kernkapitalquote beläuft sich nach Rücklagendotierung auf 16,0 Prozent (Vorjahr: 17,6 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 17,5 Prozent (Vorjahr: 18,2 Prozent). Die Eigenkapitalausstattung erlaubt weiteres Geschäftswachstum im Rahmen der strategischen Planung in den nächsten Jahren.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 59,6 Prozent (Vorjahr: 55,7 Prozent).

Sämtliche akuten Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge. Vom Gesamtbestand der Kundenforderungen entfallen 80,2 Prozent (Vorjahr: 81,2 Prozent) auf Realkredite, die aufgrund der dinglichen Sicherung mit einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit behaftet sind. Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Anlagevermögen	1.384	1.400	-	16	1,1
Liquiditätsreserve	381.306	255.129	+	126.177	49,5

Bei der Bewertung des Wertpapierbestandes wurden die Marktkurse zum Jahresende zugrunde gelegt. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergeben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Der Anstieg der Liquiditätsreserve resultiert hierbei insbesondere aus dem Ausbau unseres Spezialfonds aufgrund der planmäßigen Investitionen gemäß unserer strategischen Asset-Allokation. Investitionen im Spezialfonds limitieren wir zur Erreichung einer entsprechenden Diversifikation zur Risikoreduzierung.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) setzen wir Zinsderivate zur Absicherung gegen ungünstige Zinsveränderungen ein. Diese Geschäfte wurden vorrangig mit unserer Zentralbank getätigt. Diese Geschäfte wurden zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash Flow Hedges und zur Absicherung bestimmter Wertpapiere als Micro Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Neben dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie war das Jahr 2021 von Sondereffekten wie das BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021 sowie die Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen vom 21.06.2021 geprägt.

Die Sparda-Bank München eG verzeichnete analog zum Geschäftsjahr 2020 eine Ausweitung des Kreditgeschäfts, während die Kundeneinlagen rückläufig waren. Der Rückgang der Kundeneinlagen insbesondere im zweiten Halbjahr begünstigte den Rückgang der negativ verzinslichen Forderungen an Kreditinstituten und wirkte sich somit positiv auf das Jahresergebnis aus.

Insgesamt ergab sich vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds sowie aufgrund einzelner Sondereffekte ein signifikanter Rückgang des Ergebnisses, welches insgesamt nicht mehr vollständig zufriedenstellend ist.

Unsere Bank verfügt über eine angemessene, solide Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und an die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Wie schon in den Vorjahren konnten die thesaurierten Gewinne zur Stärkung des Eigenkapitals beitragen.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand hat im Jahr 2017 gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungspositionen unterhalb des Vorstands (Direktoren, Regionalleitung, Abteilungsleitung und Geschäftsstellenleitung) durch qualifizierte Frauen eine Zielgröße von 33,0 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022 (Bezugszeitraum). Mit der aktuellen Quote wurde die festgelegte Zielgröße für die Führungsebenen erfüllt. Bei vakanten Positionen wird geprüft, ob diese mit qualifizierten Frauen besetzt werden können. In der 2020 verabschiedeten Personalstrategie wurde die Zielgröße auf 22,0 Prozent festgesetzt.

Der Aufsichtsrat hat sich ebenfalls mit den gesetzlichen Anforderungen an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen beschäftigt. Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2017 gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 20,0 Prozent festgelegt. Für die Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen sieht das Gremium eine Zielgröße gemäß § 9 Abs. 4 GenG von 33,3 Prozent vor. Die festgelegten Zielgrößen sind jeweils maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022 (Bezugszeitraum). Mit den aktuellen Quoten wurden die festgelegten Zielgrößen für Vorstand und Aufsichtsrat jeweils erfüllt bzw. überschritten.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte kommt dem Management und der Früherkennung von Risiken eine besondere Bedeutung zu. Mittels des Risikomanagementsystems sollen Risiken transparent und steuerbar gemacht werden. Risiken sind zu limitieren, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage unter Berücksichtigung gemeinwohlorientierter Aspekte nicht zu gefährden. Dennoch müssen Risiken eingegangen werden, um die in der Geschäftsstrategie festgelegten Ziele zu erreichen.

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen sowie den Risikoappetit der Bank. Die Risikoinventur bildet hierbei den zentralen Baustein im Rahmen der Gesamtbank- und Risikosteuerung. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken unter Berücksichtigung eventueller Intraisiko-, Interrisiko- und Ertragskonzentrationen. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und richten entsprechende Risikosteuerungs- und -controllingprozesse ein. Zur Steuerung unserer Risiken finden Limitsysteme Anwendung. Bei der Festlegung unserer Limite orientieren wir uns an unserem Risikoappetit sowie am Risikogehalt der getätigten Geschäfte und implementierten Prozesse. Dabei dient der interne Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (ICAAP) dem Fortbestand unseres Hauses auf Basis der eigenen Substanz- und Ertragskraft. Im Jahr 2021 erfolgte gemäß dem Leitfaden zur Risikotragfähigkeit der Bankenaufsicht aus dem Jahr 2018 die Umstellung von der GuV-orientierten Sichtweise auf eine ökonomische und normative Betrachtung.

In unserem Risikotragfähigkeitskonzept vereinen wir hierbei die ökonomische (barwertige) und normative Perspektive. In der ökonomischen Perspektive – der Risikotragfähigkeitsrechnung – quantifizieren wir alle wesentlichen Risiken und stellen diese dem vorhandenen Risikodeckungspotenzial gegenüber. In der normativen Perspektive – der Kapitalplanung – stellen wir ausgehend von der geplanten Entwicklung gemäß der strategischen Planung unsere Kapitalausstattung dem Kapitalbedarf der folgenden Jahre gegenüber. Wir beurteilen hier über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, ob alle regulatorischen und aufsichtlichen (Struktur-) Anforderungen erfüllt werden können.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept simulieren wir Stresstests als Bestandteil des ICAAP in beiden Perspektiven. Des Weiteren bilden wir die Wechselwirkungen zwischen den beiden Perspektiven sowie die Einbindung in die Steuerung (Planung, Vorsteuerung und Soll-Ist-Vergleich) ab. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls die Bedeutung der Risikoinventur deutlich, welche ein Bindeglied zwischen unserer Strategie und unseren Risikosteuerungs- und -controllingprozessen darstellt. Mit diesen Instrumenten lassen sich die Risiken in unserem Hause frühzeitig erkennen, messen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikosteuerung ableiten.

Das im Rahmen unserer barwertigen Risikotragfähigkeitsberechnung ermittelte, zur Abdeckung von Risiken verfügbare, maximale Risikodeckungspotenzial zum Bilanzstichtag betrug 787,3 Millionen EUR. Hiervon standen nach Abzug eines Managementpuffers für die Abdeckung wesentlicher Risiken 747,9 Millionen EUR zur Verfügung. Für die Limitierung der wesentlichen Risiken wurden Limite in Höhe von insgesamt 705,5 Millionen EUR gewährt. Auf unsere wesentlichen Risikoarten, welche den Risikoklassen Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Sonstige Risiken zuzurechnen sind, entfallen insgesamt 545,5 Millionen EUR. Das Limit war somit zu 77,3 Prozent ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Limite stets eingehalten.

Neben dem eingerichteten Management-Informationssystem, welches alle wesentlichen Informationen bündelt, um dem Vorstand jederzeit unter Berücksichtigung der aktuellen Marktentwicklungen ein aktuelles Bild der Risiko- und Ertragssituation zu vermitteln, werden Vorstand und Aufsichtsrat im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. mittels Ad-hoc Berichterstattungen umfassend informiert. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die institutseigene Interne Revision geprüft.

IV.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken umfassen die Gefahr der Abweichung des Werts einer zins-, aktien-, währungs-, edelmetall- und/oder rohstoffpreisrisikotragenden Position von ihrem Erwartungs- bzw. Planwert aufgrund der Schwankung der entsprechenden Marktparameter.

Bedingt durch die Geschäftsstruktur ist das Zinsänderungsrisiko wesentlicher Bestandteil des Marktpreisrisikos für die Sparda-Bank München eG und ergibt sich insbesondere aus Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bzw. aufgrund unterschiedlicher Zinselastizitäten bei Aktiv- und Passivpositionen. Das Zinsänderungsrisiko messen wir monatlich, welches im definierten Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt wird. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-/Passiv-Steuerung setzen wir zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos Zinsswaps, CMS-Swaps, Caps, Swaptions und Floors ein. Zinsänderungsrisiken für die Bank entstehen mittelfristig insbesondere bei einem Anstieg der Zinsstrukturkurve. Daneben bestehen Marktpreisrisiken aus Aktien, während Währungsrisiken für die Sparda-Bank München eG eine untergeordnete Rolle spielen.

IV.3 Kreditrisiken

Kreditrisiken bezeichnen die Gefahr einer möglichen negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert einer Position, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall und/oder durch eine Spreadveränderung einer Adresse verursacht werden. Wir differenzieren hier zwischen Kreditrisiken im Kundengeschäft und Kreditrisiken aus dem Eigenhandel.

Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes liegt satzungsbedingt im Privatkundengeschäft, sodass Kreditrisiken im Kundengeschäft aus diesem Geschäftsfeld resultieren. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliehenen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien, sodass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist zudem ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäftes und des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt. Kreditrisiken aus dem Kundengeschäft messen wir monatlich und stellen diese dem entsprechenden Teillimit gegenüber.

Kreditrisiken im Eigenhandel messen und überwachen wir losgelöst von den Kreditrisiken im Kundengeschäft. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück. Kreditrisiken im Eigenhandel begegnen wir zudem dadurch, dass wir überwiegend Eigenanlagen der genossenschaftlichen Finanzgruppe halten und in der Direktanlage keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir zudem durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung unserer Eigenanlagen gewährleisten.

IV.4 Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank München eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann bzw. höhere Kosten für die Liquidität aufwenden muss. Das Liquiditätsrisiko steuern wir durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine, gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl, ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben. Die Sparda-Bank München eG ist in den Liquiditätsverbund der Genossenschaftlichen Finanzgruppe eingebunden, so dass die Liquiditätsversorgung gewährleistet ist. Auch im Rahmen der marktweiten Stress- und Krisensituationen war die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche Finanzgruppe sowie die Refinanzierung bei der EZB in der Vergangenheit jederzeit möglich.

IV.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als Gefahr von Verlusten (im Sinne einer negativen Abweichung von Erwartungs- bzw. Planwert), die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Das wichtigste Ziel des Operationellen Risikomanagements ist es, über eine systematische Risikoidentifikation, Steuerung und Bewertung zu einer Minderung und Vermeidung von Schäden zu kommen. Dabei soll ein kontinuierlicher Prozess in Gang gesetzt werden, der zu höherer Effizienz und Planbarkeit führt und schnell auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann.

Wesentliche identifizierte operationelle Schäden werden zudem in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht. Die Operationellen Risiken werden in ihrer Höhe aus dem aufsichtlich definierten Basisindikatoransatz abgeleitet und im Rahmen einer Expertenschätzung mit den Erfahrungen der Vorjahre sowie potenzieller zukünftiger Schäden validiert einem definierten Limit gegenübergestellt.

Den operationellen Risiken begegnen wir hierbei mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Organisationsanweisungen und der Arbeitsabläufe, interne Kontrollverfahren, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, ein Rechtsmonitoring, laufende Investitionen in neue und aktualisierte Datenverarbeitungssysteme über den von uns beauftragten IT-Provider, Backup-Einrichtungen, Verwendung rechtlich geprüfter Formulare und Verträge, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision und Begrenzung durch Versicherungen (z.B. Diebstahl und Betrugsrisiken).

IV.6 Sonstige Risiken

Neben den vier bereits aufsichtsrechtlich als wesentlich eingestuften Risikoarten können weitere Risikoarten wesentlich sein, welche wir unter den Sonstigen Risiken subsumieren. Gemäß der Risikoinventur des Jahres 2021 erachten wir das Beteiligungsrisiko als wesentlich.

Das Beteiligungsrisiko beinhaltet die Gefahr einer negativen Abweichung vom erwarteten Wert bzw. Planwert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses.

Weitere wesentliche sonstige Risiken bestehen für uns derzeit nicht.

IV.7 Gesamtbild der Risikolage

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung unsere künftige Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Steuerung und Überwachung von Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage haben können, verfügen wir aus unserer Sicht über wirksame Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Dies gilt auch unter der Berücksichtigung der Ergebnisse aus Stresstests, die wir entsprechend den Anforderungen der MaRisk für die einzelnen Risikoarten, aber auch risikoartenübergreifend durchführen.

Zusammenfassend ist die Risikolage nach dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses als günstig einzustufen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Der Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen sowie Erwartungen und Prognosen. Diese basieren auf den uns zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegenden Informationen, die wir nach sorgfältiger Prüfung als zuverlässig erachtet haben. Eine Verpflichtung zur Aktualisierung aufgrund neuer Informationen und künftiger Ereignisse nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen wir nicht. Aus diesen zukunftsgerichteten Aussagen, Erwartungen und Prognosen haben wir unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen abgeleitet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass alle unsere auf die Zukunft bezogenen Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Unwägbarkeiten verbunden sind und auf Schlussfolgerungen basieren, die künftige Ereignisse betreffen. Diese hängen von Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren ab, die außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Derartige Entwicklungen können sich unter anderem aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Wettbewerbssituation, der Entwicklung an den Kapitalmärkten, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie aus anderen Risiken ergeben. Damit können tatsächlich in der Zukunft eintretende Ereignisse gegebenenfalls erheblich von unseren in die Zukunft gerichteten Aussagen, Erwartungen, Prognosen und Schlussfolgerungen abweichen. Für deren Richtigkeit und Vollständigkeit beziehungsweise für das tatsächliche Eintreten der gemachten Angaben können wir daher keine Haftung übernehmen.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird nach den Einschätzungen der Bundesregierung bei ca. 3,6 Prozent liegen. Es ist davon auszugehen, dass in einigen Bereichen der Wirtschaft im ersten Quartal weiterhin deutliche Einschränkungen durch die Coronapandemie vorliegen. Im weiteren Verlauf, insbesondere der mit der zunehmenden Impfquote nachhaltig einhergehenden Eindämmung des Pandemiegeschehens, wird sich die wirtschaftliche Erholung zusehends beschleunigen.⁵

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von der anhaltenden Niedrigzinsphase, dem verstärkten Wettbewerb, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, steigendem Margendruck, den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Trend der Digitalisierung geprägt sein.

Gleichzeitig werden die Entwicklungen zu Beginn des Jahres 2022 (insbesondere der Ukraine-Krieg und die hohe Inflation) Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und damit auch den Geschäftsverlauf der Kreditgenossenschaften haben.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf

In Erwartung einer weiterhin positiven regionalen Wirtschaftsentwicklung sowie bedingt durch das niedrige Zinsniveau gehen wir für das nächste Geschäftsjahr von einem um ca. 4,0 Prozent netto steigenden Kundenkreditgeschäft aus.

Beim Einlagengeschäft erwarten wir eine Steigerung in Höhe von ca. 2,5 Prozent netto.

Im Jahr 2020 haben wir im Eigenanlagenbereich unsere Ziel-Allokation im Rahmen eines Asset Allokations-Prozesses definiert. Auf Basis dessen werden wir auch im Jahr 2022 die Positionen in nicht zinstragenden Anlagen ausbauen.

Im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir stark steigende Absatzzahlen, die sich positiv auf das Provisionsergebnis auswirken werden.

⁵Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2022, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Seite 7 f.

Voraussichtliche Lage

Aufgrund der Einführung eines flächendeckenden Verwahrentgelts sowie aufgrund der Sondereffekte 2021, die das Zinsergebnis 2021 belasteten, rechnen wir im Jahr 2022 mit einem leicht steigenden Zinsergebnis. Ein Zinsanstieg würde sich in den nächsten Jahren positiv auf unsere Ertragslage auswirken, während sich, die Effekte aus dem Verwahrentgelt unberücksichtigt gelassen, bei gleichbleibenden oder noch weiter sinkenden Zinsen eine Belastung des Zinsertrags ergäbe. Zudem erwarten wir einen deutlichen Ausbau des Provisionsergebnisses, welches maßgeblich zum Jahresergebnis 2022 beitragen wird. Insbesondere sollen die erwarteten stark steigenden Absätze im Versicherungs-, Wertpapier- und Bau-sparbereich sowie die Vermittlung von Baufinanzierungen zu höheren Provisionseinnahmen führen.

Im betrachteten Geschäftsjahr wird im Vergleich zum Jahr 2021 mit geringfügig steigenden Personalaufwendungen gerechnet, welche insbesondere auf die tarifliche Erhöhung und die Besetzung der derzeit offenen Stellen zurückzuführen sind. Bei den Verwaltungsaufwendungen rechnen wir aufgrund der Sondereffekte des Jahres 2021 mit geringeren Aufwendungen. Durch die Einführung eines konsequenten Sachkostenmanagements wollen wir in den kommenden Jahren eine nachhaltige Reduktion der Verwaltungsaufwendungen bedingen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Wir gehen bei der Einzelrisikovorsorge für das Kreditgeschäft von einem anhaltend niedrigen Niveau aus.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der genossenschaftlichen Zentralbank, der DZ BANK AG, sowie der Deutschen Bundesbank auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Eine angemessene Eigenkapitalausstattung ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche Geschäftsausweitung. Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel. Wir gehen davon aus, dass die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote eingehalten werden. Auch unter Berücksichtigung der Wiedereinführung des antizyklischen Kapitalpuffers sowie der Einführung des Systemrisikopuffers für durch Wohnimmobilien besicherte Kredite, welche nach einer Umsetzungsfrist ab dem 01. Februar 2023 bzw. ab dem 01. April 2023 mit hartem Kernkapital zu unterlegen sind, erwarten wir, dass die aufsichtsrechtliche geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote überschritten werden und somit die Voraussetzung für weiteres Kreditwachstum auch über das Jahr 2022 hinaus gegeben ist.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir – trotz des herausfordernden Umfelds – eine noch zufriedenstellende Entwicklung des Geschäftsverlaufs und der Lage unseres Instituts, in welcher die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität gewährleistet werden.

Wir erwarten für das betrachtete Geschäftsjahr ein deutlich steigendes Ergebnis, da das abgelaufene Geschäftsjahr von Sondereffekten stark negativ beeinflusst war.

Risiken

Wesentliche Risiken bei der Ertragslage bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte. Daneben könnten sich der Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Auswirkungen, als auch die stark gestiegene Inflation auf die Weltmärkte negativ auswirken und erhebliche Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis haben. Weitere signifikante Verschärfungen in der Bankenregulierung oder beim Verbraucherschutz (analog zum Geschäftsjahr 2021 aufgrund des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27. April 2021 sowie der Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen vom 21.06.2021) können zudem kurzfristig zu deutlichen Mehraufwendungen führen.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr durch die weitere Differenzierung von den klassischen Universalbanken durch unsere konsequente gemeinwohlorientierte Geschäftsausrichtung sowie die Weiterentwicklung der Zielausrichtung der Bank in neue digitale Märkte mit dem Fokus auf die wirtschaftlich starke Region in Oberbayern. Weitere Chancen ergeben sich zudem, wenn die Zinsen auch im Geldmarkt stark steigen würden und somit die Verzinsung der kurzfristigen Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und der DZ BANK AG nicht mehr negativ ist. Ein an den Kapitalmärkten vorweggenommener Wirtschaftsaufschwung sowie massive Konjunkturprogramme wirken sich voraussichtlich positiv auf die Entwicklung unserer Eigenanlagen aus.



Helmut Lind
Vorstandsvorsitzender



Hermann Busch
Vorstandsmitglied



Petra Müller
Vorstandsmitglied



Silke Schneider-Wild
Vorstandsmitglied

München, 28.03.2022
Sparda-Bank München eG
Der Vorstand

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Mitglieder der Sparda-Bank München,

der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Über das Ergebnis der Prüfung nach § 53 GenG haben Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung beraten. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Sparda-Bank München eG regelmäßig überwacht.

Inhalte der Aufsichtsratsstätigkeit 2021

In den regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse berichtete der Vorstand über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, das Risiko- und Liquiditätsmanagement sowie über wichtige Entscheidungen und besondere Ereignisse. Abweichungen der Geschäftsentwicklung von den Plänen wurden uns detailliert erläutert. Darüber hinaus wurden wir ausführlich über die Kapitalmarktsituation und aktuelle Einflüsse im Europäischen Zins- und Währungsraum informiert. Die vom Vorstand unterbreiteten Beschlussvorschläge wurden vom Aufsichtsrat intensiv beraten und sorgfältig geprüft. Der Aufsichtsrat nahm hierbei seine Überwachungsfunktion wahr und stand dem Vorstand in einem konstruktiven Dialog beratend zur Seite.

Als Aufsichtsratsvorsitzender stand ich darüber hinaus mit dem Vorstand und insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden in regelmäßigem Informations- und Gedankenaustausch und informierte mich über die aktuelle Entwicklung der Geschäfte und die wesentlichen Geschäftsvorfälle. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über wesentliche Entwicklungen, auch zwischen den Sitzungen.

In gesonderten Strategiesitzungen haben wir zudem die strategische Ausrichtung, die Perspektiven und die künftige Ausrichtung einzelner Geschäftsfelder mit dem Vorstand besprochen. Des Weiteren haben wir unter Einbindung der Geschäftsleitung bei den jeweiligen Beauftragten für Compliance, Geldwäsche und Risikocontrolling sowie der Leitung der Internen Revision im Rahmen der Ausschusssitzungen bzw. bei Jour-fixe-Terminen entsprechende Auskünfte eingeholt.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die

- » Geschäfts- und Risikostrategie sowie die strategischen Planungen
- » Finanz- und Risikosituation
- » IT-Strategie: Neuausrichtung des IT-Providers
- » Prüfungs- und Jahresberichte
- » Vergütungssysteme
- » Tochterunternehmen und Beteiligungen

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck von der Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher, losgelöst von den Sonderfaktoren 2021, eine gute Entwicklung und die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Sparda-Bank München eG bestätigen. Die Sonderfaktoren werden hinreichend im Lagebericht gewürdigt.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichterstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht. Regelmäßig wurde der

Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert. Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden eingehalten.

Im Geschäftsjahr 2021 fanden acht reguläre Aufsichtsratssitzungen (inkl. einer Klausursitzung) sowie vier außerordentliche Sitzungen gemeinsam mit dem Vorstand statt, zusätzlich fünf Aufsichtsratssitzungen ohne Vorstand inkl. einer Klausursitzung ohne Vorstand. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrates haben wir im Jahr 2021 mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich Verhaltensstandards für eine verantwortungsvolle Aufsichtsrats Tätigkeit gegeben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben sich mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Gemäß KWG hat der Aufsichtsrat eine Genderstrategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat entwickelt und entsprechende Ziele festgelegt. Der Aufsichtsrat besteht aktuell aus neun Mitgliedern, davon drei Frauen.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personal- und Hauptausschuss, einen IT-Ausschuss und einen Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung eingerichtet.

Auch im Geschäftsjahr 2021 unterstützten die Ausschüsse den Aufsichtsrat intensiv und nahmen ihre Entscheidungsbefugnisse gemäß Geschäftsordnung wahr, soweit dies gesetzlich zulässig oder anderenfalls konkret gefordert ist. Über den Inhalt und die Beschlusslagen aus den Sitzungen der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen durch die jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig informiert.

Der Personal- und Hauptausschuss des Aufsichtsrats hat im Berichtsjahr insgesamt fünf Sitzungen abgehalten. Themen waren unter anderem personelle Vorstandsangelegenheiten sowie die personellen Veränderungen im Vorstand, Mandatstätigkeiten der Vorstände in anderen Unternehmen, das Vergütungssystem für den Vorstand, die Auswertung der durchgeführten Effizienzprüfung des Aufsichtsrats.

Der Prüfungsausschuss widmete sich in sechs Sitzungen den Berichten der Internen Revision, der Compliance und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der Prüfungsplanung, den Ergebnissen und dem Bearbeitungsstand der Feststellungen aus externen Prüfungen sowie der Jahresabschlussprüfung.

Der Kreditausschuss tagte im Berichtsjahr in insgesamt sieben Sitzungen und hat sich mit diversen fachlichen Kreditthemen beschäftigt sowie die ihm vorgetragenen Kreditanträge teilweise intensiv diskutiert und abschließende Genehmigungen erteilt.

Der Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung widmete sich in vier Sitzungen ausführlich den quartalsweisen Risikoberichten, der Risikotragfähigkeit und der Risikoauslastung und allgemein dem Risikomanagementsystem der Bank. Des Weiteren wurden die Ertragsprognose, die strategische Planung, Veränderungen im Kunden- und Eigenanlagengeschäft sowie Anpassungen in der Risikostrategie erörtert.

Der IT-Ausschuss widmete sich in vier Sitzungen den Veränderungen durch die Neuausrichtung des IT-Providers sowie weiteren IT-Themen.

Weitere Dialoge und Beratungen zur Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats

Darüber hinaus fanden Austauschtermine des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters mit dem Compliance- und Geldwäschebeauftragten, der Leitung der Internen Revision, der Risikocontrolling-Funktion sowie Vertretern des Projektmanagements statt. Zusätzlich tauschte sich der Aufsichtsrat regelmäßig über aktuelle Themen der Sparda-Bank München aus.

Jahresabschluss

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2021, der Lagebericht, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung wurden vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hierüber wird in der ordentlichen Vertreterversammlung berichtet.

Dies umfasst auch den für unseren Abschlussprüfer besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung von Kundenforderungen“.

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben umfangreich zur ordnungsgemäßen Rechnungslegung beigetragen. Es fand ein ausführliches Eröffnungsgespräch zwischen Prüfungsleiter und Aufsichtsratsvorsitzendem und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses statt. Die Prüfungsschwerpunkte des Abschlussprüfers wurden dabei erörtert. Der Aufsichtsrat hat sich von der Unabhängigkeit und von der Einhaltung des Verbots unzulässiger Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer überzeugt. Es bestehen angemessene Prozesse und Maßnahmen zur Qualitätssicherung und es erfolgt regelmäßig eine externe Qualitätskontrolle (Peer Review).

Der Abschlussprüfer hat in einer gemeinsamen Schlussitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 17. Mai 2022 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse berichtet (§ 57 Abs. 4 GenG). Der Prüfer stand für Auskünfte zur Verfügung.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat den Prüfungsbericht rechtzeitig erhalten und zur Kenntnis genommen (§ 58 Abs. 3 GenG). Der fachlich dafür zuständige Prüfungsausschuss hat sich mit dem Prüfungsbericht kritisch auseinandergesetzt und über die Prüfungsergebnisse unter Einbeziehung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte umfassend beraten (§ 58 Abs. 4 GenG).

Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zuzustimmen. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Vorschlag des Vorstandes zu erheben, den Jahresabschluss sowie den Lagebericht und den Nichtfinanziellen Bericht zu billigen und sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresergebnisses anzuschließen.

Der Aufsichtsrat hat nach umfassender Beratung keine Einwände gegen das Prüfungsergebnis erhoben. Er hat den aufgestellten Jahresabschluss nebst Lagebericht der Bank sowie den gesonderten Nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB für das Berichtsjahr geprüft und gebilligt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird der Vertreterversammlung bekannt gegeben.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresergebnisses zu beschließen.

Verhaltenskodex der Sparda-Bank München eG

Die Sparda-Bank München eG hat bereits bei ihrer Gründung am 10. Oktober 1930 durch die Rechtsform der Genossenschaft eine klare Position zum nachhaltigen Wirtschaften eingenommen. Für alle Mitarbeiter der Sparda-Bank München eG ist faires und ehrliches Wirtschaften heute und in Zukunft eine ethische Maxime und echte Herzensangelegenheit.

Die Sparda-Bank München eG will ein positives Beispiel für eine am Gemeinwohl orientierte Art des Wirtschaftens sein und ist die erste Bank in Deutschland, die regelmäßig eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt und veröffentlicht.

Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG haben sich daher zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichtet, der unser Handeln in dieser Weise bestimmt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 29. Juni 2021 Herrn Berthold Ottmann als Vorsitzenden sowie Herrn Kurt Dobrauer als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bestätigt.

Frau Prof. Dr. Petra Plininger ist nach dreijähriger Tätigkeit im Aufsichtsrat mit Ablauf der Vertreterversammlung aus diesem Gremium ausgeschieden. Der Aufsichtsrat dankt Frau Prof. Dr. Plininger für ihr Engagement, das sie zum Wohle der Sparda-Bank München eG erbracht hat. Als Nachfolgerin von Frau Prof. Dr. Plininger wurde mit Ablauf der Vertreterversammlung Frau Bettina Elfert in den Aufsichtsrat gewählt.

In diesem Jahr scheidet turnusgemäß Frau Sabine Beier und Herr Norbert Zänkert aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern ist gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung zulässig.

Der Aufsichtsrat unterstützt aktiv die Positionierung zum Gemeinwohl und damit die Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und der Unternehmenskultur der Sparda-Bank München eG auf allen Ebenen. Damit legt er eine wertvolle Basis für die Herausforderungen der Zukunft. Durch ihr konsequentes Voranschreiten hierbei wird die Bank ihre Zukunftsfähigkeit sichern.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, den Arbeitnehmervertretungen, den Tochterunternehmen und dem gesamten Vorstand für ihre erfolgreiche Arbeit und ihr vorbildliches Engagement.

Eine besondere Danksagung gebührt den Vertretern und Mitgliedern, Kunden und Geschäftspartnern für das der Bank entgegengebrachte Vertrauen und ihre Treue.

Der Aufsichtsrat

München, im Juni 2022

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Berthold Ottmann

1. JAHRESBILANZ ZUM 31.12.2021

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			429.709.119,04		31.805
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	441.055.609,01		441.055.609,01		658.550 (658.550)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	870.764.728,05	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–		–		– (–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			45.021.759,05		755.903
b) andere Forderungen			2.209.985.261,41	2.255.007.020,46	2.297.613
4. Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite	4.315.252.036,52 –			5.377.792.188,48	5.182.422 (4.206.588) (–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–			– (–)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–	–		– (–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.415.000,00	2.415.000,00			2.437 (2.437)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	95.315.791,62	155.274.489,96	157.689.489,96		134.091 (115.596)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	–		–	157.689.489,96	– (–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				224.999.978,89	120.000
6a. Handelsbestand				–	–

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten	– –		50.212.688,83		48.646 (–) (–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften darunter: bei Kreditgenossenschaften bei Finanzdienstleistungsinstituten	2.280.092,00 –		2.286.352,00	52.499.040,83	2.286 (2.280) (–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten	– –			27.751.282,58	27.799 (–) (–)
9. Treuhandvermögen darunter: Treuhandkredite	–			–	1 (1)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			932.058,00		868
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	932.058,00	–
12. Sachanlagen				32.551.298,10	32.629
13. Sonstige Vermögensgegenstände				20.750.200,14	10.179
14. Rechnungsabgrenzungsposten				8.767.514,87	3.835
Summe der Aktiva				9.029.504.800,36	9.309.064

1. JAHRESBILANZ ZUM 31.12.2021

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			1.810.000,00		500
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			200.990.624,54	202.800.624,54	182.111
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.745.801.572,27			1.631.924
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		8.165,80	1.745.809.738,07		8
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		6.390.947.582,52			6.857.652
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		22.148.228,97	6.413.095.811,49	8.158.905.549,56	28.699
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen				–	–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–	–	–	–	– (–) (–)
3a. Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten darunter: Treuhandkredite	–			–	1 (1)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.067.470,10	3.232
6. Rechnungsabgrenzungsposten				800.938,71	1.454
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			39.887.823,00		36.597
b) Steuerrückstellungen			1.093.586,01		1.583
c) andere Rückstellungen			21.312.115,95	62.293.524,96	11.720
8.				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				31.718.532,69	–
10. Genussrechtskapital darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–			–	– (–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–			85.000.000,00	85.000 (–)

12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			209.648.556,00		193.321
b) Kapitalrücklage			–		–
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		69.000.000,00			69.000
cb) andere Ergebnismrücklagen		203.195.723,26			199.641
cc)		–	272.195.723,26		–
d) Bilanzgewinn			3.073.880,54	484.918.159,80	6.621
Summe der Passiva				9.029.504.800,36	9.309.064

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			2.098.662,22		2.890
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	2.098.662,22	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–		477.921.532,17	477.921.532,17	376.633 (–)

2. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		107.337.899,13			118.326
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		425.000,81	107.762.899,94		474
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	2.747.201,46				(1.840)
2. Zinsaufwendungen					
darunter: erhaltene negative Zinsen	224.996,80		-21.590.901,58	86.171.998,36	-17.390 (139)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.501.670,62		1.503
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1.574.853,26		936
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.000.000,00	14.076.523,88	10.000
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			34.453.993,97		30.384
6. Provisionsaufwendungen			-9.119.760,51	25.334.233,46	-8.224
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.133.198,52	9.427
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-39.173.031,70			-38.620
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	-942.823,57	-7.756.155,77	-46.929.187,47		-7.074 (-630)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-59.387.040,31	-106.316.227,78	-53.643
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.155.417,33	-2.298
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-3.635.741,62		-6.328.740,96	-7.613 (-3.289)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-4.255.574,24		-2.489
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-4.255.574,24	-

ANHANG

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank München eG, München, ist beim Amtsgericht München unter der Genossenschaftsregister Nummer 1304 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- » Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- » Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst wurde.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für die latenten Risiken haben wir eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Die handelsrechtliche Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung, wobei die Vorgehensweise u.a. durch Ausweitung des Betrachtungszeitraums auf zehn Jahre modifiziert wurde (vgl. Abweichung von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

Wertpapiere

Sowohl die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) als auch die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Die als strukturierte Produkte bezeichneten Vermögensgegenstände werden, soweit sie lediglich ein Zinsänderungs- und Emittentenrisiko enthalten, als ein einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert und bewertet.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition immaterielle Anlagewerte ausgewiesen.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. Im Jahresabschluss 2017 wurde letztmalig ein Sammelposten gebildet und auf fünf Jahre linear aufgelöst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Aufwendungen für Cap- und Swaptionprämien und Agien für Schuld-scheindarlehen enthalten, die planmäßig über die Laufzeit aufgelöst werden. Ferner sind hier Abgrenzungen für Sachaufwendungen enthalten.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Beteiligungen und Anteile verbundener Unternehmen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Ferner sind hier erhaltene Floorprämien enthalten, die über die Laufzeit aufgelöst werden.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung sowie Zuschlägen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Die Rückstellungen aus Altersteilzeit-Vereinbarungen wurden in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts bemessen.

Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen wurden, sofern relevant, 2,5 Prozent und als Rententrend 2,0 Prozent angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für Altersteilzeitrückstellungen wurden, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,87 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des per September 2021 prognostizierten Zinssatzes der Deutschen Bundesbank). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 3 567 594 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1.862.866 EUR.

Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 1.674.876 EUR.

Dies entspricht dem beizulegenden Zeitwert der zu verrechnenden Schulden.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 12,7 TEUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2021 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 477.922 TEUR betreffen im Wesentlichen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen.

Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips bewertet. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei erworbenen Swaptions wird die gezahlte Prämie grundsätzlich bis zur Fälligkeit gehalten und erst am Ende der Laufzeit ergebniswirksam gebucht.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese der Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Ausgleichszahlungen in Folge der Umsetzung der Referenzwertverordnung (IBOR-Reform), resultierend aus einer Veränderung der Zinssätze für Barsicherheiten (sog. discounting switch), wurden nicht abgegrenzt, sondern in Höhe von 4.050,00 EUR im Zinsaufwand und in Höhe von 10.053,00 EUR im Zinsertrag unmittelbar verbucht.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- » Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode. Die Ausfallhistorie wurde dabei zwecks Verbesserung der Aussagekraft vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren rückläufigen Kreditausfälle erstmals auf Basis der vergangenen zehn (bisher fünf) Jahre betrachtet. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung wurden die fünf Jahre mit den höchsten Forderungsausfällen berücksichtigt. Daneben wurde erstmals der pauschale Abschlag auf die Forderungsausfälle von 40 Prozent auf 10 Prozent vermindert. Durch die geänderte Berechnungssystematik haben sich die Pauschalwertberichtigungen um 1.657 TEUR erhöht.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	3.189.981	177.057	–	a) 5.694 b) –	3.361.344	932.058	866.695
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	33.214.656	570.537	–	a) – b) –	33.785.193	26.989.634	26.931.511
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	41.739.408	1.576.406	–	a) 4.956.654 b) –	38.359.160	5.561.664	5.697.205
a	78.144.045	2.324.000	–	a) 4.962.348 b) –	75.505.697	33.483.356	33.495.411

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2.323.286	–	5.694	–	111.694	–	2.429.286
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	6.283.145	–	–	–	512.414	–	6.795.559
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	36.042.203	–	4.776.016	–	1.531.309	–	32.797.496
a	44.648.634	–	4.781.710	–	2.155.417	–	42.022.341

	Anschaffungskosten 01.01. ----- EUR	Veränderungen (saldiert) ----- EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag ----- EUR
Schuldschein- darlehen/ Namenspapiere	2.169.000.000	- 64.000.000	2.105.000.000
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.400.000	- 16.369	1.383.631
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	52.629.887	- 130.846	52.499.041
Anteile an verbundenen Unternehmen	28.346.383	- 595.100	27.751.283
b	2.251.376.270	- 64.742.315	2.186.633.955
Summe a und b	2.329.520.315		2.220.117.311

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- » In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.784.233.578 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- » Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate ----- EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr ----- EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre ----- EUR	mehr als fünf Jahre ----- EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	24.269.236	180.000.000	830.000.000	1.120.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	74.290.162	227.783.384	1.120.609.592	3.929.893.904

In den Forderungen an Kunden sind 25.215.146 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- » Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 7.171.259 EUR fällig.

- » In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	----- EUR	----- EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	200.363.751	200.425.211

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	----- EUR	----- EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	17.000.675	9.000.000

- » Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	----- EUR	----- EUR	----- EUR	----- EUR	----- Ja / Nein
Wertsicherung	224.999.979	231.224.159	6.224.180	4.501.671	Ja

- » Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	----- %	----- Jahr	----- EUR	----- Jahr	----- EUR	
a) Sparda ImmoFin GmbH i.L., Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2021	104.900	2021	- 47.248	
b) NaturTalent Stiftung gGmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2021	717.394	2021	- 6.356	
c) NaturTalent Beratung GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2021	291.679	2021	- 27.135	
d) Sparda München Verwaltungs GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2021	419.389	2021	4.074	
e) Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2021	54.052.940	2021	1.155.459	
f) Sparda München Arnulf II GmbH & Co. KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2021	70.484.903	2021	1.746.694	
g) LENA Nachhaltigkeits GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	75,00	2021	2.026.654	2021	-1.768.554	

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte. Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	----- %	----- Jahr	----- EUR	----- Jahr	----- EUR	
a) SUMMACOM GmbH & Co. KG, Kastanienweg 11-13, 66386 St. Ingbert	12,15	2020	4.261.978	2020	325.439	
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart	0,71	2021	3.209.880.365	2021	77.247.926	
c) Wealthcap Spezial AIF 4 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, Am Tucherpark 3, 80538 München	9,87	2020	222.825.375	2020	7.711.174	
d) COMECO GmbH & Co. KG, Rotebühlplatz 8, 70173 Stuttgart	10,96	2020	2.516.494	2020	- 21.881.654	
e) Sopra Financial Technology GmbH, Frankenstr. 146, 90461 Nürnberg	7,28	2020	33.176.219	2020	1.631.026	

» In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	----- EUR	----- EUR	----- EUR	----- EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A5)	157.689.490	151.321.352	6.368.138	–

» In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	25.993.135
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.561.664

» Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche	10.840.002
Provisionsforderungen an Union Investment	5.078.611

» Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 1.502.053 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: - EUR) enthalten.

Des Weiteren sind Prämien für Swaptions und Caps in Höhe von 5.177.675 EUR und Abgrenzungsposten für Sachaufwendungen in Höhe von 2.087.786 EUR enthalten.

- » In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 3 Forderungen gegenüber Kreditinstituten (A3b)	–	4.000.232
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A5bb)	1.383.631	1.400.000

- » In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 200.151.308 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- » Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	7.855.500	8.747.532	44.608.151	139.779.442
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	8.166	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	10.341.736	11.342.375	464.118	–

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- » Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten aus offenen Rechnungen	1.137.221
Abführung Kapitalertragsteuer	420.682
Abführung Lohn- und Kirchensteuer	605.754

- » Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 141.201 EUR (Vorjahr: 184.830 EUR) enthalten.

Ferner sind hier erhaltene Prämien für Floors in Höhe von 659.737 EUR enthalten.

- » Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 63.702 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
Termingeld mit Nachrangabrede	31.718.533	EUR	1,25	30.12.2028

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens sieben Jahre. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR.

- » In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.208.044	4.055.537

- » Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	198.530.540
b) der ausscheidenden Mitglieder	9.882.652
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	1.235.364
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR –

- » Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2021	69.000.000	199.640.607
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	–	3.555.116
Stand 31. Dezember 2021	69.000.000	203.195.723

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,000 %	1.952.182,25
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	307.388,05
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	814.310,24
Insgesamt	3.073.880,54

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 3.567.594 EUR.

- » Die nachfolgende Tabelle weist für jede Art von Grundgeschäften das Volumen der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte – jeweils aufgegliedert nach Risikoarten und Arten von Bewertungseinheiten – aus.

Grundgeschäfte		Micro-Hedges	Portfolio-Hedges	Macro-Hedges	Summe
		EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögensgegenstände	abgesichertes Risiko				
Abgesichertes Risiko Forderungen aus Schuldscheindarlehen	Zinsrisiko	55.000.000	–	–	55.000.000
Summe Vermögensgegenstände		55.000.000	–	–	55.000.000

Bei den gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um nahezu perfekte Micro-Hedges. Zur Messung der Wirksamkeit wird daher die "Critical Term Match"-Methode angewandt. Die Grund- und Sicherungsgeschäfte stimmen in allen wesentlichen bewertungsrelevanten Geschäftsmerkmalen überein. Somit kann keine wesentliche Ineffektivität bis zur Fälligkeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte vorliegen. Auf eine rechnerische Ermittlung der retrospektiven Effektivität zum 31. Dezember 2021 kann somit verzichtet werden.

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Zinsswaps in Höhe von 408,0 Millionen EUR, Swaptions in Höhe von 250,0 Millionen EUR, Floors in Höhe von 55,0 Millionen EUR und Caps in Höhe von 100,0 Millionen EUR. Die Termingeschäfte wurden im Wesentlichen zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash-Flow-Hedges und zur Absicherung von Schuldscheindarlehen als Micro-Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands, einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	>1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	43,0	245,0	120,0	408,0	-13,0	8,8
Zinsoptionen - Käufe	240,0	35,0	75,0	350,0	6,0	5,1
Zinsoptionen - Verkäufe	–	55,0	–	55,0	-1,6	

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Der theoretische Marktwert der Zinsoptionen wird mit Hilfe der Black-Formel für europäische Zinsoptionen gerechnet. In das Bewertungsmodell fließen Marktzinssätze sowie handelsübliche Volatilitäten ein.

Bei Optionen erfolgte die Berechnung "Beizulegender Zeitwert" anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmte sich der Wert der Option insbesondere nach dem Wert des zugrundeliegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts.

Das den Geschäften innewohnende "Adressrisiko" wurde auf der Grundlage der Berechnung der Kreditäquivalente der CRR ermittelt und mit dem Vertragspartner zuzurechnenden Bonitätsgewicht angegeben.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen im Volumen von 155.000.000 EUR stehen Optionsprämien in Höhe von 3.676.880 EUR zu Bucho (Aktiva 14) und 659.737 EUR (Passiva 06) zu Bucho.

- » Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Stellung von Barsicherheiten	6.470.000

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 2.747.201 EUR (Vorjahr: 1.840.115 EUR) negative Zinsen aus Einlagen bei der Bundesbank, für Sicherheitengestellung bei Derivategeschäften (Collateralzinsen), aus Bewertungseinheiten und für Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten. Die positiven Zinsen resultieren aus Kundeneinlagen und Sicherheitenerhalt (Collateralzinsen) und belaufen sich auf 224.997 EUR (Vorjahr: 139.163 EUR).

Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 5.950.000 EUR aufgrund einer erforderlichen Zuführung zu den Rückstellungen für potenzielle Zinsnachzahlungen.

Von der Tochtergesellschaft Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG wurden 8.000.000 EUR an die Bank ausgeschüttet.

- » Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:
- für Zahlungsverkehr
 - Vermittlung von Investments (Union Investment)
- » Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	1.241.048
Mieterträge	752.315

Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Abzinsung für Pensionsrückstellungen	3.535.147
Erstattungen im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27. April 2021	1.616.819

Außerordentliche Aufwendungen	EUR
Aufwendungen im Zusammenhang mit der Transition und Transformation des IT-Providers zur Vorbereitung einer Systemmigration.	2.319.848

E. Sonstige Angaben

- » Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 1.837.819 EUR, des Aufsichtsrats auf 212.381 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 545.199 EUR.

- » Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2021 Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.283.946 EUR.
- » Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	318.669
Mitglieder des Aufsichtsrats	943.086

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 10 550 436 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- » Die Zahl der im Jahr 2021 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	361,50	318,25

Außerdem wurden durchschnittlich 22,75 Auszubildende beschäftigt.

- » Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2021	301.358	3.553.979	–
Zugang 2021	1.708	477.724	–
Abgang 2021	16.517	213.808	–
Ende 2021	286.549	3.817.895	–

Die Nachschusspflicht der Mitglieder ist satzungsgemäß auf die Haftsumme beschränkt. Seit dem 1. Januar 2021 ist die Nachschusspflicht der Mitglieder ausgeschlossen.

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um		EUR	13.723.632
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um		EUR	–
Höhe des Geschäftsanteils	EUR 52	Höhe der Haftsumme	EUR –
		Max. je Mitglied	EUR 5.200

- » Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt

- » Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Helmut Lind	Aufsichtsrat	DEVK allg. Versicherungs AG

» **Mitglieder des Vorstands**

Helmut Lind (Vorsitzender), Vorstandsmitglied Strategie, Öffentlichkeitsarbeit und Personal
Hermann Busch, Vorstandsmitglied Produktion und Revision
Petra Müller, Vorstandsmitglied Vertrieb
Silke Schneider-Wild, Vorstandsmitglied Finanzen, Compliance und Organisation

» **Mitglieder des Aufsichtsrats**

Berthold Ottmann (Vorsitzender), Erster Polizeihauptkommissar a.D.
Kurt Dobrauer (stellv. Vorsitzender), Angestellter, DB Cargo AG
Norbert Zänkert, Angestellter, DB Cargo AG
Oliver Edelmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG
Brigitte Graf, Bankkauffrau, Sparda-Bank München eG
Peter Nitschmann, Bankkaufmann, Sparda-Bank München eG
Sabine Beier, Syndikusrechtsanwältin, DB Regio AG
Thorsten Weinert, Key-Account-Manager, DEVK Versicherungen
Prof. Dr. Petra Plininger (bis 25.06.2021), Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin, Technische Hochschule Deggendorf
Bettina Elfert (seit 25.06.2021), Psychologin, M.Sc., SOS-Kinderdorf Ammersee-Lech

München, 22. Februar 2022

Sparda-Bank München eG

Der Vorstand



Helmut Lind
Vorstandsvorsitzender



Hermann Busch
Vorstandsmitglied



Petra Müller
Vorstandsmitglied



Silke Schneider-Wild
Vorstandsmitglied

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Sparda-Bank München eG, München



VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank München eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- » entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 und
- » vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den EURparechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 5,378 Mio. EUR. Dies entspricht 59,6 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- » die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- » den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- » die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- » wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- » anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- » gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- » beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- » ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- » beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- » beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- » führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- » Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- » Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- » Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- » Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- » Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Uwe Sterz.

Frankfurt am Main, den 17. Mai 2022
Verband der Sparda-Banken e.V.
gez. Uwe Sterz Wirtschaftsprüfer

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS GEMÄSS § 26A ABS. 1 SATZ 2 KWG ZUM 31. DEZEMBER 2021

„LÄNDERSPEZIFISCHE BERICHTERSTATTUNG“

Die Sparda-Bank München eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank München eG besteht darin, Einlagen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank München eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2021 128.716 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 564.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 8.093 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 4.899 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank München eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

FÜR SIE VOR ORT



Bei der Sparda-Bank München bekommen Sie ausgezeichnete Lösungen und erstklassigen Service. Alle Adressen und Kontaktdaten zu unseren Filialen in Oberbayern finden Sie unter www.sparda-m.de/filialen.

- Zentrale Arnulfstraße mit Filiale Arnulfstraße
- Filialen
- SB-Center

Stand: 31. Dezember 2021

IMPRESSUM

Herausgeber:

Sparda-Bank München eG

Redaktion:

Christine Miedl (V. i. S. d. P.)
Marianne Schmid
Unternehmenskommunikation

Adresse:

Arnulfstraße 15
80335 München
Telefon: 089 55142-400
Telefax: 089 55142-100
E-Mail: presse@sparda-m.de
www.sparda-m.de
www.wirtschaft-fuer-alle.de

Konzeption, Gestaltung und Bildbearbeitung:

siro Production GmbH
Agentur für graphische Produktion
Büchelstraße 5-7
66538 Neunkirchen
www.siro-production.de

Ausführende Druckerei:

alpha-teamDRUCK GmbH
Haager Straße 9
81671 München
www.onlinedruckerei-muenchen.de

Bildnachweise

Titelfoto: iStock/Matthias Lindner;
S. 3: Marion Vogel;
S. 4: iStock/Denise Hasse;
S. 5: iStock/max-kegfire;
S. 6: iStock/jacoblund; iStock/DisobayArt;
S. 7: iStock/m-gucci; iStock/mapodile;
S. 8: unsplash/Christopher Beloch;
S. 9: iStock/bernardbodo; Rückseite: iStock/Matthias Lindner

Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text überwiegend die männliche Form verwendet. Alle Geschlechter sind gleichermaßen angesprochen.

Nachdruck – auch in Auszügen – mit Quellenangabe und nach vorheriger Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Die Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der hier gemachten Angaben ist auf grobes Verschulden begrenzt. Der Geschäftsbericht 2021 der Sparda-Bank München eG ist auf 100 Prozent Recyclingpapier, das den Blauen Engel trägt, gedruckt.

Dieser Bericht wurde CO₂-neutral produziert.



Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank München eG

Sparda-Bank